

# Politik entdeckt das Bürgerengagement

**D**er aktive Bürger ist gefragt wie nie zuvor. Tagungen, Symposien, Ausstellungen und Kongresse häufen sich. Besonders in den letzten Jahren legen Bund und Länder an Tempo zu – unklar bleibt dabei oft die Richtung, die sie einschlagen wollen.

Ist der geforderte aktive Bürger der ungenutzte Aktivposten zur Entlastung der

öffentlichen Haushalte oder ein gewünschter gleichberechtigter Partner im gesellschaftlichen Gestaltungsprozess?

Besonders die Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eröffnet eine beachtliche Chance zur Entwicklung einer aktiven Bürgerschaft. Wir haben Ihre Konstituierung

zum Anlass genommen, ausführlich über ihren Auftrag, Struktur und personelle Besetzung zu berichten.

Nicht zuletzt an der Arbeit der Kommission wird sich zeigen, wie ernst es die Politik mit der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Entwicklung nimmt. ▶ Seite 4/5

## K O L U M N E

# Bürgergesellschaft im Aufwind

**I**n jüngster Zeit hat die Debatte um die Bürgergesellschaft neuen politischen Schwung bekommen. In der April-Ausgabe der Zeitschrift „Die neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte“ hat Bundeskanzler Schröder ein sehr grundsätzliches Plädoyer für die „zivilere Bürgergesellschaft“ gehalten. Auf dem Parteitag der CDU in Essen am 10. und 11. April haben der frühere und die neue Vorsitzende der CDU, Schäuble und Merkel, ein gesellschaftliches Leitbild beschrieben, das man auf die Formel „starke Bürger, starker Staat“ bringen kann. Und Kurt H. Biedenkopf, der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, hat die Perspektive einer Gesellschaft entworfen, in der die soziale Integration vieler Menschen nicht mehr nur über Betrieb und Erwerbsarbeit, sondern auch über andere Aufgaben in den Städten, Gemeinden und Nachbarschaften erfolgen wird.

Damit gewinnt an öffentlicher Resonanz, was bisher eher am Rande und in Sonntags-

▶ von Dr. Warnfried Dettling

reden mitgelaufen ist: das bürgerschaftliche Engagement und das soziale Ehrenamt. Sie rücken in die Mitte der politischen Aufmerksamkeit. In dieser Lage sollte beiden Seiten – denen, die auf die Bürgergesellschaft hoffen ebenso wie denen, die die Bürgergesellschaft (aus)machen – klar sein, dass sie damit auch neue Verpflichtungen eingehen. Politiker, Parteien und (kommunale) Regierungen, die mehr Bürgergesellschaft wagen wollen, können diese nicht zum Nulltarif haben. Und die lokalen Akteure, die Freiwilligen und die Ehrenamtlichen, die Initiativen, Vereine und Verbände sollten über den Tellerrand blicken und öffentlich fragen und sagen, was sich alles ändern müsste, damit in Städte und Gemeinden mehr soziales Leben einzieht.

„Der Staat wird dafür weniger in Behörden agieren müssen als in lokalen und regionalen Netzwerken“, schreibt der Bundeskanzler.

Wie das konkret aussehen könnte, hat der Freistaat Sachsen gerade mit dem erfolgreichen Modellversuch TAURIS erprobt, in dem Langzeitarbeitslose und Sozialhilfempfangler über 50 eine sinnvolle Aufgabe jenseits der traditionellen Erwerbsarbeit finden. Der sächsische Wirtschafts- und Arbeitsminister Kajo Schommer hat vorgeschlagen, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in einem (kommunalen) Amt für Arbeit und Soziales zusammenzufassen, das auch Aufgaben und Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit im Blick hat. Wenn die Bürgergesellschaft mehr werden soll als politische Rhetorik, und vieles deutet darauf hin, dann müssen die Aufgaben von Staat, Gesellschaft und Bürgern neu ausbalanciert werden.

# „DRIVE - Das Reformnetzwerk Innovativer Vereine“ arbeitet auf Hochtouren

► *Vertreter und Vertreterinnen der Träger des „Förderpreis Aktive Bürgerschaft“ trafen sich erneut, um in zwei Arbeitsgruppen ausgewählte Themen der Vereinsarbeit zu diskutieren, sich über vergangene und aktuelle Projekte in den Vereinen auszutauschen und weitere Wege erfolgreicher Vereinsarbeit kennen zu lernen. Gastgeber dieses zweitägigen Netzwerktreffens im März war die Sächsische Genossenschafts-akademie in Neugattersleben.*

Bei ihrem ersten Treffen in diesem Jahr hieß das Netzwerk DRIVE zunächst seine neuen Mitglieder – die Preisträger des Jahres 1999 – herzlich willkommen. Mit ihnen vergrößert sich nun wie vorgesehen das Netzwerk um weitere fünf Vereine, die ihr Know-how für erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement einbringen werden. Trotz unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung ist den Akteuren bei DRIVE vieles gemeinsam: Alle Vereine haben gezeigt, dass sie auf neue gesellschaftliche Anforderungen mit innovativen Projekten reagiert, dabei Kooperationspartner gefunden und neue interne partizipative Strukturen erfolgreich erprobt haben.

## „Nase rein – Finger raus“ - Vorstandsarbeit

Für die erste Arbeitsgruppe der Preisträger des Jahres 1998 stand das Thema „Vorstandsarbeit“ auf dem Programm. Was sind eigentlich die Aufgaben des Vorstands – und was nicht? Wie sind die Aufgaben bei uns verteilt? Woran hakt's? Aufgrund der eigenen Erfahrungen stellten die Teilnehmer eine Sammlung von Fragen zusammen, auf die in den folgenden zwei Tagen Antworten gefunden werden sollten.

Insbesondere die Aufgaben eines Vorstands, seine Möglichkeiten und Grenzen wurden anhand der konkreten Beispiele der Vereine diskutiert. Es ist nach Ansicht der Vereinsvertreter ebenso wichtig, im Vorstand Visionen zu spinnen, als auch konkrete strategische Ziele zu formulieren. Auch müssen die Aufgaben klar formuliert und verteilt sein. Denn je klarer die Vorstellung von den vordringlichen Aufgaben des Vorstands sind, desto leichter lassen sich Strategien erarbeiten und können praktikable Lösungen gefunden werden.

Mit der Reflexion über Arbeitsweise und Selbstverständnis der eigenen Vorstandsarbeit und dem anschließenden Erstellen eines Stärken- bzw. Schwächenprofils anhand eines strukturierten Fragenkatalogs



„Ignorieren Sie sie einfach; es sind nur Mitglieder.“

betraten die Teilnehmer – allesamt selbst in einem Vorstand tätig – Neuland. In der von Dipl. Psych. Peter Wattler-Kugler moderierten intensiven Diskussion kamen schließlich einige Erkenntnisse zu Tage. „Beim genauen Hinsehen wurde mir erstmals klar, wo genau die Schwachpunkte sind“, lautete etwa der Kommentar einer Teilnehmerin. „Wir müssen mit unserer Zeit sinnvoll umgehen,“ war schließlich der Tenor aus dieser ersten Diskussionsrunde.

## Qualität und Erfolg

Vorstandsarbeit ist Teamarbeit und steht an erster Stelle für ein effizientes Handeln. In diesem Punkt waren sich die Teilnehmer einig. Weitere Qualitäts- und Erfolgskriterien der eigenen Vorstandsarbeit zu erarbeiten versuchten die Teilnehmer dann am Ende des Workshops. Neben einem guten Management von Vorstandssitzungen führt auch die Verteilung von Aufgaben und nicht zuletzt die realistische Einschätzung dessen, was überhaupt machbar ist, zum Erfolg. Es kommt für Nonprofit-Organisationen zunehmend nicht mehr nur darauf an, sich für eine gute Sache zu engagieren, sondern sie müssen ihre Sache auch gut machen. Knappe Ressourcen optimal einsetzen zu können ist daher auch ein wesentlicher Indikator für gelungene Vereinsarbeit.

## Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

Das gegenseitige Kennenlernen, eine Bestandsaufnahme der Tätigkeiten und Arbeitsgebiete sowie die Einigung auf zukünftige

Themenschwerpunkte standen im Mittelpunkt des Workshops der 99er-Preisträger. Als Begleiter und Moderator stand dieser Gruppe Dr. Jörg Ernst als externer Experte zur Seite.

In lockerer Atmosphäre und hoch motiviert stellten die Teilnehmer die Weichen für ihre zukünftige Arbeit im Netzwerk. Sie stimmten überein, dass sie DRIVE weniger als „Aktionsnetzwerk“ verstehen wollen, sondern als „Wissensnetzwerk“, in dem es in erster Linie um Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen sowie um Qualifizierung und Weiterbildung in der Vereinsarbeit gehen soll.

Für das nächste Treffen einigten sich die Vertreter der Vereine auf das Thema „Instrumente der Bürgerbeteiligung“. Hier sollen Formen, Methoden und Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung und Mobilisierung der Bürger vor Ort vorgestellt und anhand konkreter Beispiele aus den Vereinen diskutiert werden.



**Von den Besten lernen** Auf der Grundlage der DRIVE-Workshops entwickelt der Verein Aktive Bürgerschaft Module mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten zur Weiterbildung im Nonprofit-Management. Zusammengeschürt zu einem Gesamtpaket sollen diese praxisorientierten Module der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das Konzept der NPO-Management-Module wird auf der nächsten Tagung am 8./9.12. 2000 im Franz Hitze Haus in Münster vorgestellt.

DRIVE besteht 2000 aus: Bürgerkomitee Südstadt e.V./Parchim, Bürgerverein Waldstraßenviertel e.V./Leipzig, Diakonie Düsseldorf e.V., SV Blau-Weiß Aasee e.V./Münster, Ökohaus e.V./Rostock, Bürgerverein Satellitenviertel e. V./Düren, IG Äußere Neustadt e.V./Dresden, Otur ve Yasa – Wohnen und Leben e.V./Berlin, Jahresringe e.V./Oranienburg, Projekt „Zeitspender“ des Arbeiter-Samariter-Bundes, Landesverband Hamburg e.V..

## Reformpotential moderner Gesellschaften

► Vortrag aus der Reihe "Konzepte für das 21. Jahrhundert"

„Wir werden über Reformen reden, weil uns die Realität dazu zwingt.“ Wer das sagt, muss es wissen. Dr. Ansgar Klein ist nicht nur der Preisträger des „Wissenschaftspreises Aktive Bürgerschaft 1999“ und einer der Referenten der Vortragsreihe „Konzepte für das 21. Jahrhundert“, sondern auch Mitarbeiter der SPD für die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages.

„Die repräsentativ verfassten liberalen Demokratien leiden nicht nur an Problemen eines demokratischen Motivationsverlustes“, so der Referent in seinem Vortrag „Wettstreit der Ideen – Die Diskurse der Zivilgesellschaft“ in der Münsteraner Volksbank, „sondern sind zugleich mit massiven Problemen staatlicher Steuerung konfrontiert. Doch das Reformpotential moderner Gesellschaften liegt weder allein in der Regulationsfähigkeit des Marktes noch des Staates.“

Klein greift in seinem Vortrag auf Ergebnisse seiner Doktorarbeit zurück, in der er die unterschiedlichen Vorstellungen von Zivilgesellschaft untersucht hat. Gemeinsam ist allen Konzepten die Suche nach den Wegen und Möglichkeiten einer Revitalisierung und Stärkung des demokratischen Gehalts liberaler Demokratien, ohne die Freiheitsspielräume individueller Autonomie zu gefährden.

Der Vortrag von Ansgar Klein ist Teil der Vortragsreihe „Konzepte für das 21. Jahrhundert“, die in Kooperation mit der Westfälischen Wilhelms-Universität, der Akademie Franz Hitze Haus und der Volksbank Münster durchgeführt wird. Die letzten beiden Beiträge (S. 8) werden sich mit den Konzepten der multikulturellen Gesellschaft und den Zukunftsperspektiven von Kirche und Glauben beschäftigen.

i

Die Vortragsmanuskripte werden demnächst als Diskussionspapiere der Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft im Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster erhältlich sein. Einen Überblick über die beiden mit dem Wissenschaftspreis 1999 ausgezeichneten Doktorarbeiten gibt die Dokumentation Nr. 4 „Wissenschaftspreis Aktive Bürgerschaft. Preisträger 1999“. Sie kann gegen 3,- DM Porto bei der Geschäftsstelle des Vereins angefordert werden.

## Anerkennungskultur

► Am 30./31. Januar fand das erste Treffen eines CIVITAS-Netzwerkknotens statt.

Gastgeber war die mit dem ersten Platz des Wettbewerbs „Bürgerorientierte Kommune“ ausgezeichnete baden-württembergische Stadt Nürtingen. Vertreter der elf Gemeinden, die in die Endrunde des Wettbewerbes gelangt wären, tauschten sich zwei Tage lang über geeignete Formen der Anerkennungs- und Beteiligungskultur aus.

Die Teilnehmer der drei Arbeitsgruppen, die zu den Themen Anerkennung, Wertschätzung und Weiterbildung gebildet worden waren, kamen zu einem gemeinsamen Ergebnis: Es gibt keinen Königsweg. Vielfältig sind die Formen der praktizierten Anerkennung und schwierig ist deren Beurteilung. Sensibler Umgang ist hier vonnöten und eine umsichtige Form der Annäherung an die Bedürfnisse vor Ort, so die Erkenntnis der Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Wie unterschiedlich die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements beurteilt wird, zeigt die Debatte zwischen Nuse Ersöz vom EXPO-Büro der Stadt Güstrow und Ulrike Dahmen vom „Verein Bürgerbüro Freiburg“. Während die Freiburgerin eine Kontra-Position vertritt, hebt die Leiterin des EXPO-Büros die Notwendigkeit einer guten Anerkennung hervor.

Nuse Ersöz Was die Diskussion hier schwierig macht, ist die Tatsache, dass wir hier über Anerkennung allgemein reden. Dabei ist es wichtig zu differenzieren, um welche Form der Anerkennung es geht und wer die Anerkennung ausspricht. Ich versuche es trotzdem auf eine These zu bringen: Anerkennung ehrenamtlichen Engagements schafft Motivation im Vorfeld. Mit der öffentlichen Anerkennung sollen andere dazu angeregt werden, sich zu engagieren.

Ulrike Dahmen Wenn jemand einen Mangel wahrnimmt und als Bürger Handlungsmöglichkeiten erhält bzw. seine Vorschläge berücksichtigt werden, ist das Motivation genug.

Nuse Ersöz Aber es bedarf des Mutes, es auch zu tun. Sie benötigen ein Vorbild, einen gewissen Anreiz, sich zu engagieren. Wir müssen es den Menschen erleichtern, diesen Weg zu gehen.

Ulrike Dahmen Ich finde es schade, dass es für sinnvolle Betätigungen Anreize geben

muss. Wir stülpen dabei den Menschen etwas über, die nur noch durch Fremdmotivation etwas tun. Das bürgerschaftliche Engagement soll Solidarität fördern, die nicht auf der Begünstigung Einzelner basiert.

Nuse Ersöz Aber gerade weil wir in einer solchen Gesellschaft, die auf Belohnung, Hervorhebung basiert, leben, müssen wir das Belohnungssystem für uns sinnvoll nutzen. Und Anerkennung Einzelner heißt noch lange nicht, dass die Einzelnen es ausschließlich für sich tun, sondern sie motivieren mit ihrem Tun auch andere.

Ulrike Dahmen Der Erfolg eines Projektes lässt sich nicht auf die Leistung eines Individuums reduzieren. Da arbeitet ein ganzes Team zusammen. Wie soll man da Einzelne herausheben?

Nuse Ersöz Das widerspricht sich überhaupt nicht. Als Gruppe Erfolg zu haben, ist doch auch eine Form der Anerkennung.

Ulrike Dahmen Mit dem ehrenamtlichen Engagement verbinden wir den Wunsch nach „herrschaftsfreiem Dialog“, d. h. die Ideen und Erfahrungen aller Teilnehmer müssen erst einmal angehört werden, unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung. Wie aber soll dieser Dialog zwischen einem, der schon drei Urkunden besitzt, und einem ohne Auszeichnung stattfinden?

Nuse Ersöz Es muss doch keine Urkunde sein. Wenn jemand mir sagt: „Das hast Du gut gemacht“, dann ist es auch eine Form der Anerkennung. Das ist eine gleichberechtigte Form, bei der niemand hervorgehoben, sondern die Leistung jedes Einzelnen bestätigt wird. Wir benötigen dringend die Anerkennung unserer Arbeit.

Ulrike Dahmen Für mich ist es ein Problem, wenn wir noch zusätzliche hierarchische Strukturen aufbauen. Andererseits ist auch einzusehen, dass Mütter, die mehrere Jahre bei ihren Kindern zu Hause bleiben, gesellschaftliche Anerkennung und z.B. Rentenanteile für ihre Leistung brauchen. Es ist für mich entscheidend, dass der Umgang der Menschen nicht gänzlich professionalisiert wird und ein Handgriff, zum Beispiel in der Pflege, nur dann gemacht wird, wenn er „bezahlt“ wird.

Das Städtenetzwerk CIVITAS ist aus dem Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune“ von Aktive Bürgerschaft und Bertelsmann Stiftung hervorgegangen.

# Es geht voran – Bund und Länder entdecken das Bürgerengagement!

► Auf Bundes- und Länderebene soll das freiwillige Engagement der Bürger gefördert werden. Noch ist offen, ob diese Bemühungen ein Mehr an Demokratie bringen werden oder lediglich die öffentlichen Kassen entlasten sollen. Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ durch den Deutschen Bundestag besteht eine große Chance zur Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft.

**B**ürgerschaftliches Engagement ist gegenwärtig in aller Munde. In Politik und Wissenschaft hat das Thema (Hoch)Konjunktur. Während Baden-Württemberg mit dem vom Sozialministerium initiierten „Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ eine Vorreiterrolle bei der Unterstützung des Bürgerengagements spielt, ziehen andere Länder und der Bund jetzt langsam nach. So hat die Rheinland-pfälzische Staatskanzlei im Dezember letzten Jahres zu einem Ehrenamtskongress eingeladen, um die bisherigen Förderanstrengungen unter dem Gesichtspunkt einer programmatischen Neuorientierung zu verbessern (siehe dazu auch das Interview mit dem Ministerpräsidenten Kurt Beck). Auf Bundesebene hat das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge“ mit dem Projektmanagement für die deutsche Beteiligung am „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ 2001 beauftragt. Programmatische Arbeit soll aber vor allem von der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ausgehen.

## Aktivbürger oder nur Aktivposten?

Woher kommt das Interesse an einer „aktiven Bürgerschaft“? Warum werden gerade jetzt Bürgerinnen und Bürger als Garantie der Gemeinwohlsicherung sowie als Motor gesellschaftlicher Innovation gehandelt? Es deutet einiges darauf hin, dass die Attraktivität bürgerschaftlichen Engagements in enger Verbindung mit der Erschöpfung der Potenziale von Staat und Markt zu sehen ist. Offenbar setzen Politik und Wissenschaft derzeit auf bürgerschaftliches Engagement als „Allzweckwaffe“, da sich im internationalen Kontext gezeigt hat, dass weder Staat noch Markt in der Lage sind, die Krisenphänomene der Industriemoderne, angefangen bei den Problemen des Wohlfahrtsstaates bis hin zu denjenigen der Arbeitsgesellschaft, in den Griff zu bekommen.

Die boomende Debatte über bürgerschaftliches Engagement ist somit ein Indiz für eine neue Orientierung von Politik. Hierbei handelt es sich um ein ambitioniertes Vorhaben, das nicht nur die „Aktivbürgerin“ und den „Aktivbürger“ zur Voraussetzung hat, sondern gleichzeitig Staat und Verwaltung eine neue Bescheidenheit abverlangt. Denn traditionell sind in Deutschland Staat und Verwaltung nicht nur aktivierend tätig, sondern sie beanspruchen in ganz erheblichem Umfang für sich Initiativ-, Steuerungs- und Kontrollkompetenz. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Geht es bei dem erwachten Interesse von Bund und Ländern um ein Mehr an Demokratie oder handelt es sich um eine kluge Taktik, in Zeiten leerer öffentlicher Kassen brachliegende Ressourcen zu aktivieren?

## Die Enquete-Kommission - auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

Im Februar diesen Jahres hat sich die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ konstituiert. Neben 11 Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien gehören ihr weitere 11 Sachverständige aus Wissenschaft und Verbänden an. Unterstützt wird die Arbeit durch das kürzlich eingerichtete Sekretariat der Kommission mit 5 Mitarbeitern. Auch die Fraktionen von CDU/CSU und SPD verfügen über Mitarbeiter, die ihr zurarbeiten. Aufgabe der Kommission unter dem Vorsitz des SPD Abgeordneten Michael Bürsch ist es, neben der allgemeinen Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement „praktische Handlungsempfehlungen für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene“ zu unterbreiten.

Die Vorstellungen der Enquete-Mitglieder, an welchen Leitbildern sich eine Bürgergesellschaft orientieren soll, gehen noch weit auseinander. Die Entlastung des Staates hat Ilse Aigner (CDU/CSU) im Blick. „Die Ausübung eines Ehrenamtes“, so Aigner in der

Aussprache im Deutschen Bundestag zur Einsetzung der Kommission, entspreche „unserem gesellschaftlichen Grundgedanken, dass als Erstes jeder sich selbst helfen muss und erst dann nach dem Staat rufen sollte.“ Gerhard Schüssler (FDP) bestätigte dies mit den Worten: „Es ist Zeit für einen Wechsel. Es ist der Staat, der überfordert ist, es sind nicht die Bürger, die in diesem Staat leben.“ Einen anderen Akzent setzt Klaus Grehn (PDS): „Bürgersinn und bürgerschaftliches Engagement können nicht nur dort von Interesse sein, wo es um kostengünstige Antworten auf das zu beobachtende Staats- und Marktversagen geht.“ Christian Simmert (B'90/Grüne) schließt daran an und formuliert Fragen, an denen sich die Kommission orientieren müsse: „Wie soll sich das Verhältnis zwischen Staat und Bürger gestalten, wie die Balance zwischen Wohlfahrtsstaatlichkeit und bürgerlichem Engagement geschaffen, die Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger und das Abschieben staatlicher Verantwortung verhindert werden?“ Michael Bürsch (SPD) selbst verweist zurückhaltend auf das Leitbild der neuen Bundesregierung, das sich nicht mehr am „schlanken Staat“, sondern am „aktivierenden Staat“ orientiert. Welche Leistungen der Staat erbringen kann und was die Bürger wieder selbst übernehmen können, müsse aber noch herausgearbeitet werden, so Bürsch.

## Erwerbsarbeit, Sozialstaat, Zivilgesellschaft

Inzwischen hat die Kommission drei Arbeitsgruppen gebildet. Bürgerschaftliches Engagement wird in sogenannten Berichterstattungsgruppen im Kontext der Erwerbsarbeit, der Sozialstaatlichkeit und der Zivilgesellschaft analysiert. Gegenwärtig sind die einzelnen Gruppen dabei, ihre Arbeitsprogramme festzulegen.

Interessant wird es sein zu beobachten, inwieweit Politiker und Experten sich auf zukunftsweisende Themen verständigen kön-

# AB aktuell im Gespräch mit Kurt Beck, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz

nen. Nachdem z.B. der Bereich Bürgerarbeit bereits in Zukunftskommissionen verschiedener Bundesländer behandelt wurde und sich als wenig aussichtsreicher Weg erweist, ist zu hoffen, dass es der entsprechenden Berichterstattergruppe gelingt, in ihrer Arbeit andere Akzente zu setzen. Vielversprechender wäre die Beschäftigung mit der Frage, wie es um das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen bestellt ist. Während „corporate citizenship“ vor allem in den USA ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Mitwirkung ist, hängt Deutschland in dieser Hinsicht noch weit zurück. Operativ arbeitende Initiativen wie der Verein Aktive Bürgerschaft der gewerkschaftlichen Unternehmen sind die große Ausnahme.

Weiterhin ist zu hoffen, dass sich die Berichterstattergruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat“ angesichts des von den Verbänden befürchteten Wegfalls des Zivildienstes infolge einer zu erwartenden Abschaffung der Wehrpflicht nicht in einer Diskussion über ein soziales Pflichtjahr bzw. einen „Freiwilligendienst“ verzettelt. Bürsch's Äußerung, „ob sich nicht jeder ein bis zwei Jahre seines Lebens gemeinnützig betätigen kann“, ist hoffentlich nicht in diesem Sinne zu verstehen. Pflichtdienste sind nicht nur ökonomisch ineffizient, sondern auch mit dem Selbstverständnis einer freien Bürgergesellschaft kaum vereinbar. Diesem Thema wird sich wohl vor allem die dritte Berichterstattergruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ widmen.

## Hohe Erwartungen - Transparenz erhöhen

„Wenn eine Enquete-Kommission eingesetzt wird, werden vom Bundestag Antworten erwartet, Antworten auf wichtige, über den Tag hinausgehende Fragen“, so Michael Bürsch bei der Aussprache über die Einsetzung der Kommission im Dezember letzten Jahres.

Solche Antworten werden am besten im Dialog und unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen gesucht. Insofern ist es bedauerlich, dass bei der Auswahl der Sachverständigen keine Praxisvertreter aus den verschiedenen bundesweiten Projekten zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, wie z.B. dem „Civitas-Netzwerk der bürger-

(Fortsetzung auf Seite 6)

*Die Bundesregierung hat eine Enquete-Kommission „Zukunft bürgerschaftlichen Engagements“, eingerichtet, verschiedene Bundesländer, auch Rheinland-Pfalz, beschäftigen sich intensiv mit der Schaffung neuer Rahmenbedingungen, die das Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördern sollen. Was steckt hinter dieser Wiederentdeckung des aktiven Bürgers?*

Die Hinwendung zum aktiven Bürger, die man ja nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen westlichen Gesellschaften beobachten kann, wird im wesentlichen durch zwei Faktoren verursacht. Zunächst können wir feststellen, dass einfache politische Rezepte, die vom Staat vorgegeben und durchgesetzt werden, den heutigen Problemen nicht mehr gerecht werden. Die Problemlagen, z.B. auf den Gebieten der Sozial- und Kulturpolitik, sind so schwierig und unübersichtlich geworden, dass wir sie nur bei aktiver Mitwirkung der Bürger bewältigen können. Zugleich ist objektiv der finanzielle Spielraum des Staates enger geworden. Zum ändern, und das ist noch wichtiger, möchten und können immer mehr Bürgerinnen und Bürger in öffentlichen Dingen mitbestimmen und mitmachen. Es wäre leichtsinnig und einer Demokratie nicht würdig, diese wertvolle Ressource nicht zu nutzen.

*Das ehrenamtliche Engagement wird in öffentlichen Reden gerne begrüßt, in der Praxis tun sich Verwaltung und Politik oft aber schwer, mit dem Engagement der Bürger richtig umzugehen. Müßte nicht die Bürgerorientierung stärker auch Gegenstand der Verwaltungsmodernisierung sein?*

*Welche Wege geht hier das Land Rheinland-Pfalz?*

In der Tat darf sich eine Verwaltungsmodernisierung, die diesen Namen verdient, nicht nur in betriebswirtschaftlich motivierten Effizienzsteigerungen und Rationalisierungen erschöpfen. Vielmehr kommt es zusätzlich darauf an, mit Hilfe der Verwaltungen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und zu erleichtern. In diesem Sinne sollte Verwaltung zu einer Ermöglichtungsverwaltung werden. Dieser Prozess muss sich notwendigerweise vor allem im kommunalen Bereich vollziehen, denn die bürgerschaftlichen Initiativen setzen vor allem auf kommunaler Ebene an. Bund und Länder müssen hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

*Nach einem modernen Staatsverständnis werden öffentliche Aufgaben zunehmend in sogenannten public-private-partnerships erfüllt. Auch bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements können Öffentliche Hand und Privatwirtschaft*

*zusammenarbeiten. Gibt es in Rheinland-Pfalz bereits solche Beispiele und wo sehen Sie hier weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit?*

Zunächst ist auffällig, dass – anders als etwa in Holland oder in den Vereinigten Staaten – das Engagement der deutschen Privatwirtschaft in ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Belangen noch ziemlichen Nachholbedarf aufweist. In Rheinland-Pfalz bemühen wir uns gegenwärtig in einer gemeinsamen Anstrengung von führenden und innovativen Unternehmungen der Landesregierung im Rahmen der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP), konkrete Kooperationsformen für Unternehmen in Bereich bürgerschaftlichen Engagements zu erproben und damit die Grundlage einer erfolgreichen public-private-partnership zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass sowohl die Unternehmen als auch der Staat daraus großen Nutzen ziehen werden. Und ich bin auch zuversichtlich, dass Rheinland-Pfalz hier eine Vorreiterrolle für andere Regionen spielen kann.

*Im Dezember letzten Jahres haben Sie zum Ehrenamtskongreß in die Staatskanzlei eingeladen. Dort wurden auch Pläne zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch das Land vorgestellt. Wie geht es damit weiter und was werden die nächsten konkreten Aktivitäten sein?*

Der Ehrenamtskongress Ende letzten Jahres hat dazu beigetragen, intensiv den aktuellen Stand der Ehrenamtsdiskussion zu diskutieren und viele wertvolle praktische Erfahrungen zu sammeln. Derzeit gehen die Fachministerien meiner Regierung daran, den Bedürfnissen und Wünschen der ehrenamtlich Aktiven in Veranstaltungen und Schulungen z.B. zum Steuer- und Spendenrecht nachzukommen. Die von mir im letzten Sommer begründete Initiative „Wir tun was. Das Ehrenamt – gut für alle“ hat zur Einrichtung eines interaktiven Internetverzeichnisses geführt, dem mittlerweile über 11.000 Vereine, Initiativen und Projekte angehören. Mit diesem Verzeichnis – [www.wir-tun-was.de](http://www.wir-tun-was.de) – treten die Gruppen untereinander in Kontakt, geben Veranstaltungen bekannt, suchen Interessenten und Mitglieder oder richten auch direkt Fragen an die Landesregierung.

Für 2001, dem Internationalen Jahr der Freiwilligen und zugleich das Jahr, in dem Rheinland-Pfalz den Tag der deutschen Einheit ausrichtet, haben wir uns entschlossen, diesen Tag der Einheit unter das Motto bürgerschaftliches Engagement zu stellen und damit unsere Landesinitiativen für das Ehrenamt mit denen aller anderen Bundesländer zu vereinen.

(Fortsetzung von Seite 5)

orientierten Kommunen“ berücksichtigt wurden. Dass stattdessen Verbändevertreter der Arbeiterwohlfahrt, des Deutschen Sportbundes und des Deutschen Kulturrates als Sachverständige berufen worden sind, ist angesichts der Bedeutung dieser Bereiche für das bürgerschaftliche Engagement verständlich, sollte dann aber auch beim Namen genannt werden. Verbändevertreter sind keine unabhängigen Experten, sondern Vertreter von „Brancheninteressen“, die sich bislang nicht zu einer gemeinsamen Plattform der Bürgergesellschaft zusammenschließen konnten.

Wenn von der Enquete-Kommission eine ähnlich nachhaltige Wirkung zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des Dritten Sektors ausgehen soll wie von der vergleichbaren Filer-Kommission (Commission on Private Philanthropy and Public Needs) in den USA vor 25 Jahren, sollte sie eine aktive Informationspolitik betreiben.



Die Mitglieder der Kommission (nach Bericht-erstattegruppen) sind:

**Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat** Ilse Aigner MdB (CDU/CSU), Prof. Dr. Adelheid Biesecker, Prof. Dr. Adalbert Evers Renate Gradistanac MdB (SPD), Dr. Klaus Grehn MdB (PDS), Prof. Dr. Thomas Oik, Manfred Spangenberg

**Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit** Marie-Luise Dött MdB (CDU/CSU) stv. Vorsitzende, Prof. Dr. André Habisch, Ute Kumpf MdB (SPD), Dr. Gert Mutz, Gerhard Schübler MdB (FDP)

**Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft** Karin Kortmann MdB (SPD), Prof. Dr. Peter Maser, Ludwig Pott, Klaus Riegert MdB (CDU/CSU), Prof. Dr. Roland Roth, Karsten Schönfeld MdB (SPD), Christian Simmert MdB (B90/Die Grünen), Rupert Graf Strachwitz, Olaf Zimmermann

**Vorsitzender** Dr. Michael Bürsch MdB (SPD)  
**Sekretariatleiter** Dr. Martin Schenkel  
**Anschrift** Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030) 22 73 29 55, Fax (030) 22 73 62 76

# Fünf Fragen

an ► *Christa Thoben*

Warum engagieren Sie sich im Kuratorium des Vereins Aktive Bürgerschaft?

Ich bin von der Zielsetzung und der Idee des Vereins begeistert und überzeugt.

Was zeichnet für Sie die Gesellschaft der Zukunft aus?

Das weiß ich nicht. Mein Engagement soll den Kräften gelten, die Selbsthilfe, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung stärken, wiederentdecken, beleben.

Worin sehen Sie den Beitrag der Unternehmen bei der Neugestaltung der Gesellschaft?

Unternehmen sind „Bestandteil“ der Gesellschaft. So wie sie sich öffnen, engagieren, Mitarbeiter auf allen Ebenen zu gesellschaftlichem Engagement ermutigen, können sie dem Gedanken der aktiven Bürgerschaft Rückhalt und Prägung geben.

Welche Erwartungen haben Sie diesbezüglich an Politik und Verwaltung?

Politik und Verwaltung sollen in „neuer Demut“ den Einzelnen, die kleine Einheit ermutigen und befähigen, ihnen Chancen öffnen, ihre Dinge soweit wie möglich selbst zu ordnen. So verstanden wird „Entstaatlichung“ und „Deregulierung“ etwas anderes als die in der verkürzten aktuellen Debatte allein aufscheinende Streich- und Sparkampagne. Schlanker Staat gelingt nur mit aktiven Bürgern!

Wie kann jeder Einzelne zur aktiven Bürgerschaft beitragen?

Nie einfach zusehen, sondern sich einsetzen, selber regeln, ordnen – ob im Verein, in der Nachbarschaft oder in gesellschaftlichen Organisationen – und entdecken, wie viel Freude, Kraft und Zufriedenheit daraus erwächst.



## Biografische Daten

Name: Christa Thoben  
Geburtsjahr: 1941  
Jugend: Grundschule, Gymnasium, Abitur  
Studium/Beruf: Volkswirtschaft in Münster, Wien und Innsbruck, zuletzt Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Berlin  
Wohnort: Bochum

# Bürgerstiftungen - Engagement für Stadt und Region

► *Direktoren der Volksbanken tagten zum Thema Bürgerstiftungen in der WGZ-Bank Münster*

Auf Einladung des Vereins Aktive Bürgerschaft trafen sich am 3. April Vertreter der Volksbanken und Genossenschaftsverbände aus Nordrhein-Westfalen. In seiner Begrüßung sagte Karl-Heinz Moll vom Vorstand der WGZ-Bank, dass es ihn überrascht habe, wie groß das Interesse an diesem Thema sei. Moll, der Eberhard Heinke, Vorstandsvorsitzender der WGZ-Bank und Vorsitzender des Kuratoriums Aktive Bürgerschaft, vertrat, erklärte dies mit dem doch offensichtlichen Wunsch der Menschen, nicht nur für kulturelle oder soziale Anliegen zu spenden, sondern aktiv das Gemeinwesen vor Ort mitgestalten zu wollen.

Wie die genossenschaftlichen Banken dies mit der Form der Bürgerstiftung nachhaltig unterstützen und fördern können, wollten die Teilnehmer in der von Frau Prof. Dr. Annette Zimmer vom Vorstand des Vereins Aktive Bürgerschaft moderierten Diskussion zusammen mit den eingeladenen Referenten beraten. Peter Walkenhorst von der Bertelsmann Stiftung schilderte in seinem Vortrag ein eindrucksvolles Wachstum der aus den USA stammenden Stiftungsart. Seit Gründung der Cleveland Foundation 1914 hat sich die Zahl der Bürgerstiftungen in den USA auf mehr als 600 erhöht. Sie verwalten heute ein Vermögen von mehr als 25 Mrd. Dollar. Der Direktor des Berliner Maecenata Instituts, Rupert Graf Strachwitz, wies auf die Unterschiede zu herkömmlichen Stiftungen hin. In Bürgerstiftungen entwickeln sich neue Partnerschaften zwischen ehrenamtlichem Engagement, öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. Sie sind unabhängig und auf Beteiligung verschiedener Stifter und Stiftungszwecke unter einem Dach angelegt.

Dieter Pahlen, Vorstandsvorsitzender der Aktiven Bürgerschaft, ging in seinem Schlusswort nochmals auf die Nähe der Bürgerstiftung zur Genossenschaft ein und wies nachdrücklich auf die Chancen hin, die sich dem genossenschaftlichen Verbund hier bieten. Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe sind nicht nur traditionelle Prinzipien der Genossenschaften, sondern auch moderne Ansätze zur Gestaltung des Gemeinwesens. Diese Mitwirkungsmöglichkeiten, so Pahlen, gelte es zu nutzen.

## V E R A N S T A L T U N G E N

**Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung – Kulturspezifische Ausformungen in den USA und Deutschland**

23. – 25. Juni 2000 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Die Tagung geht aus unterschiedlichen Perspektiven der aktuellen Frage nach, wie sich die Gemeinwohlbindung in modernen Gesellschaften ausgestalten soll - in der Gesellschaftsformation, in der die vormals gültigen sozialen Bezugspunkte mehr und mehr verlorengehen. Die Vorträge der eingeladenen Referenten umreißen Themen wie die Krise der Arbeitsgesellschaft, flexibler Arbeitsmarkt, Sozialstaatlichkeit im 20.

Jahrhundert, deutsch-amerikanischer Vergleich des gesellschaftlichen Selbstverständnisses usw.

**Info** Andreas Franzmann, Johann Wolfgang Goethe Universität, Tel. (069) 798 29 062, www.rz.uni-frankfurt.de/tagung/

**Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements**

26. Juni 2000, Berlin

Erste öffentliche Veranstaltung der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. In der Dialog-Veranstaltung werden sich u. a. die drei Berichterstattungsgruppen vorstellen.

**Info** Sekretariat der Enquete-Kommission, Tel. (030) 22 73 29 55

www.bundestag.de/gremien/enquete/enga\_ue.htm

**Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung**

30. Juni – 1. Juli 2000, Wissenschaftszentrum Berlin

Die Tagung bietet eine Teilnahme an drei parallel laufenden Workshops. „Migration und politische Mobilisierung in Deutschland und Europa“, „Fit für die Institutionen? NGO-Engagement in der internationalen Umweltpolitik“ und „Stadt und politische Beteiligung nach 2000“. Die Veranstalter sind: Arbeitskreis Soziale Bewegungen der DVPW, Otto-Brenner-Stiftung, Wissenschaftszentrum Berlin

und Heinrich Böll Stiftung.  
**Info** Dr. Ansgar Klein, Mahlower Str. 25/26, 12049 Berlin, Tel. (030) 622 62 10, E-mail: ansgar.klein@snaifu.de

**Verbände- und Nonprofit-Forschung aktuell**

14./15. Juli, Heinrich-Heine Universität Düsseldorf

Nachwuchswissenschaftlerforum des Arbeitskreises Nonprofit-Organisationen und des Arbeitskreises Verbände der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Vorgelegt werden Berichte aus laufenden Forschungsprojekten.

**Info** Dr. Christoph Strücnk, Tel. (0211) 811 4 569, Fax (0211) 811 45 32, E-mail: struenck@uni-duesseldorf.de

## P R O G R A M M E U N D P R O J E K T E

**Netzwerk Bürgerstiftungen**

Um die Vorbereitung der Idee der Bürgerstiftungen zu fördern, haben die Bertelsmann Stiftung und die amerikanische Charles Stewart Mott Foundation ein „Transatlantisches Netzwerk Bürgerstiftungen“ gegründet. Sie organisieren den Erfahrungsaustausch zwischen europäischen und nordamerikanischen Bürgerstiftungen und wollen damit einen nachhaltigen Beitrag zur Verbreitung dieses Stiftungstypus leisten.

**Info** Peter Walkenhorst, Bertelsmann Stiftung, Tel. (052 41) 81 71 72, E-mail: peter.walkenhorst@bertelsmann.de, www.buergerstiftung.de

**Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen**

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt das ISAB-Institut eine Befragung zur gegenwärtigen Praxis

der Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen durch. Anfang 2001 sollen die Informationen vorliegen.

**Info** Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB), Tel. (0221) 41 20 94, Fax (0221) 41 70 15, www.isab-institut.de

**Preis „Soziale Stadt 2000“**

Vor einem Jahr hat die Bundesregierung das Programm „Soziale Stadt“ initiiert. Im Rahmen von Stadtteilentwicklungskonzepten sollen sozial und ökonomisch instabile Wohnviertel und „überforderte Nachbarschaften“ unterstützt werden. Ziel ist es, Maßnahmen, Gelder und Akteure zu bündeln, um Verbesserungen in den Bereichen Wohnen, lokale Wirtschaft, Kultur und Versorgung sowie Freizeit, soziale Betreuung und Ökologie zu erreichen. Der Preis richtet sich an Vereine, Verbände, Initiativen und an ehrenamtlich

engagierte Bewohner. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2000.

**Info** Joachim Kendelbacher, Tel. (0228) 668 50, Fax (0228) 668 52 09, Presse@awobu.awo.org, www.awo.org

**Ehrenamt: Neue Landesinitiative im Internet**

Die Ehrenamtskampagne der Hessischen Landesregierung ist nun unter der Adresse „www.gemeinsamaktiv.de“ im Internet vertreten. Neben einer Datenbank mit Informationen über Vereine, Verbände und andere Organisationen sind dort Informationen zum Gemeinnützigkeitsrecht und zu Versicherungsfragen, Veranstaltungen und Fortbildungsmöglichkeiten zu erhalten. Siehe auch: www.wir-tun-was.de (Ehrenamtsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz) und www.aktiv.de/buerger (Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg)

**Fundraising-Kurs des Center on Philanthropy**

Vom 9. bis 13. Oktober 2000 veranstaltet das Center on Philanthropy der Indiana University im Rahmen der Weiterbildungsangebote der Universität Bremen erstmalig einen Fundraising-Kurs in Deutschland. Er wendet sich vor allem an Interessenten aus dem Kreis der gemeinnützigen Nonprofit-Organisationen, die in ihren Arbeitsbereichen (Soziales, Gesundheit, Sport, Kultur, Bildung, Wissenschaft, Umwelt, Politik und Gewerkschaften) erkannt haben, dass es auch hierzulande erforderlich ist, sich mit dem in den USA entwickelten, erfolgsorientierten Know-how der Prinzipien und Techniken des Fundraising näher bekannt zu machen und kritisch auseinanderzusetzen. Kursgebühren: 1.950 DM.

**Info** und Anmeldung: ZWB, Dr. Ernst Raters, Tel. (0421) 218 34 09, raters@uni-bremen.de; Prof. Dr. Rudolph Bauer, Universität Bremen, rubauer@uni-bremen.de.

## P U B L I K A T I O N E N

**Literaturübersicht**

Die „Akademie für Ehrenamt in der Jugendhilfe“ bietet unter www.ehrenamt.de eine umfangreiche Übersicht über Artikel und Bücher zum bürgerschaftlichen Engagement an.

**Eine Gesellschaft der Ichlinge?**

*Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden.* München 2000 von Heiner Kreup. Diese ca. 100seitige Publikation wurde von SOS-Kinderdorf aufgelegt und kann kostenlos bezogen werden über: Sozialpädagogisches Institut im SOS-

Kinderdorf e.V., Renatastr. 77, 80639 München, Fax (089)12 60 6-417, E-mail: info@spi.sos-kinderdorf.de.

**Soziales Kapital**

Robert D. Putnam Vortrag *Niedergang des sozialen Kapitals? Warum kleine Netzwerke wichtig sind für Staat und Gesellschaft* ist jetzt kostenlos als download erhältlich. Auch die übrigen Beiträge der Tagung *Denken - Handeln - Gestalten* sind jetzt unter www.dgbank.de/oir/oirsite.nsf/index/Veranstaltungen (Symposium 1999) online verfügbar.

Eine vollständige Dokumentation der Veranstaltung ist zum Selbstkostenpreis erhältlich.

**Amt und Ehre**

ist das Schwerpunktthema der nächsten Ausgabe des *Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen*, das Mitte Juni erscheinen wird. U. a. mit einer Sammelrezension der neueren Literatur zum bürgerschaftlichen Engagement.

*Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Verlag Lucius und Lucius Stuttgart, Fax (07 11) 24 20 88

**Lokal aktiv und Kommune aktiv** Mit zwei neuen Broschüren informiert das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen über gute Praxisbeispiele, unterstützende Strukturen und Erfolgsfaktoren ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements. **Info** Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Haroldstr. 5, 40213 Düsseldorf

WISSENSWERT im Internet:  
www.aktive\_buergerschaft.de  
Jeden Monat aktualisiert!

# Termin- vorschau

## Den Verein Aktive Bürgerschaft unterstützen die Mitglieder des Kuratoriums:

- Eberhard Heinke  
Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank Düsseldorf (Vorsitzender des Kuratoriums)
- Dr. Johannes Beermann  
Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund
- Prof. Dr. Kurt Biedenkopf  
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
- Wolfgang Clement  
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
- Dr. Warnfried Dettling  
Ministerialdirektor a. D., Publizist
- Dr. Jürgen Förterer  
Vorstandsvorsitzender der Gesellschaften der R+V Versicherungsgruppe
- Prof. Dr. Hermann Hill  
Minister a. D., Professor an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Ruth Janssen  
Schulamtsdirektorin a. D.
- Prof. Dr. Walther Keim  
Leiter der Pressedokumentation im Deutschen Bundestag
- Horst Kleiner  
(Stellv. Vorsitzender des Kuratoriums)
- Moritz Krawinkel  
Sprecher des Vorstands des Westfälischen Genossenschaftsverbandes e.V.
- Prof. Dr. Claus Peter Mossler  
Sprecher des Vorstands des Genossenschaftsverbandes Rheinland e. V.
- Dr. Klaus-Peter Rauen  
Oberbürgermeister der Stadt Halle an der Saale
- Christa Thoben  
Bürgermeisterin und Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin a.D.
- Dr. Jörg Twenhöven  
Regierungspräsident Münster

## die Spender

- Bausparkasse Schwäbisch-Hall AG
- R+V Versicherung
- WGZ- Bank Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG
- Westfälische Landschaft Bodenkreditbank AG

**Vortrags- und Diskussionsreihe „Konzepte für das 21. Jahrhundert – Globale Perspektiven und lokale Auswirkungen“** zusammen mit der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU), der Akademie Franz Hitze Haus und der Volksbank Münster eG:

11. Mai 2000, 18 bis 21 Uhr  
**„Kampf der Kulturen oder multikulturelle Welt?“** Prof. Dr. Paul Kevenhörster, Institut für Politikwissenschaft der WWU im Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50

15. Juni 2000, 18 bis 21 Uhr  
**„Kirche und Glauben im gesellschaftlichen Wandel“** Prof. Dr. Karl Gabriel, Institut für Christliche Sozialwissenschaften der WWU im Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50  
**Info** Dr. Stefan Nährlich, (0251) 74 75-096, Fax -097; stefan.naehrlich@aktive-buergerschaft.de

23./24. Juni 2000  
Tagung **„Internationale Zivilgesellschaft – Neue und alte Global Players“ und Verleihung des Wissenschaftspreises Aktive Bürgerschaft** zusammen mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. In der zweitägigen Tagung werden die Zusammenhänge zwischen Globalisierung und internationaler Zivilgesellschaft, die Situation lokaler und transnationaler Nicht-Regierungsorganisationen in einer „entgrenzten“ Welt untersucht und kritisch diskutiert. Dabei geht es vor allem um die Frage nach den Handlungsoptionen der neuen Global Players und ihrem Verhältnis zu den „alten“ Global

Players. Im Rahmen der Tagung am 23. Juni wird der Wissenschaftspreis durch die Schirmherrin Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, verliehen.

**Info** Daniela Crede, Tel. (02 51) 832 94 43  
Email: crede@uni-muenster.de

**Anmeldung** Ulrike Heitmann, Cornelia Zahn, Tel. (02 51) 98 18-445,  
Fax (02 51) 98 18-480  
Email: fhh.muenster@t-online.de  
Tagungsnummer: AT 524  
Tagungsbeitrag: 60,-/erm. 30,- DM

**Neue Publikationen: „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“** Schriftenreihe beim Verlag Leske und Budrich

► Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven*, Opladen 2000, ca. 350 Seiten, 48,-DM, ISBN 3-8100-2289-6

► Nährlich, Stefan / Zimmer, Annette (Hrsg.): *Management in Nonprofit-Organisationen. Eine praxisorientierte Einführung*, Opladen 2000, ca. 250 Seiten, 36,-DM, ISBN 3-8100-2295-0

► Schmitz, Sven-Uwe: *Homo democraticus. Demokratische Tugenden in der Ideengeschichte*, Opladen, 2000, ca. 350 Seiten, 48,-DM, ISBN 3-8100-2655-7

In der nächsten Ausgabe

**In der nächsten Ausgabe**

berichten wir über den Dritten Sektor in

internationaler Perspektive und über die Verleihung des Wissenschaftspreises Aktive Bürgerschaft.

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte August.  
Die nächste Ausgabe erscheint Mitte August.

**Aktive**  
Bürgerschaft e.V.

## Impressum

AKTIVE BÜRGERSCHAFT-  
AKTUELL erscheint  
vierteljährlich kostenlos.

HERAUSGEBER  
Verein Aktive Bürger-  
schaft, Mecklenbecker  
Straße 229,  
48163 Münster,  
Tel. (02 51) 74 75-096,  
Fax (02 51) 74 75-097  
info@aktive-  
buergerschaft.de  
www.aktive-  
buergerschaft.de

VORSTAND  
Dieter Pahlen, Wolfgang  
Burkhardt, Prof. Dr. jur.  
Gerhard W. Wittkämper,  
Günter Woltermann

GESCHÄFTSFÜHRUNG  
Dr. Stefan Nährlich,  
Otto Burmeister

REDAKTION  
Dr. Stefan Nährlich

LAYOUT  
Thomas Schauder

DRUCK  
RognerDruck/  
Greven-Reckenfeld

AUFLAGE 4.000

ISSN 1437-9759